



Postadresse:
Piratenpartei Deutschland
Landesverband Nordrhein Westfalen
Postfach 103041
44030 Dortmund

Presse Essen:
Tim Marius Kowalewski
tim.kowalewski@piratenpartei-nrw.de
0152 / 05471445

Ansprechpartner:
Kai Hemsteeg
0176 / 61006614
kai.hemsteeg@googlemail.com

Per E-Mail

Pressemitteilung 012/12

Essener PIRATEN fordern Orientierung an Landesbesoldungsgesetz für Geschäftsführer städtischer Töchter

Die Piratenpartei verurteilt die jüngst durch den Beteiligungsbericht 2012 bekannt gewordene Erhöhung der Jahresgehälter für die Geschäftsführung der Gesellschaft für Soziale Dienstleistungen (GSE) auf das schärfste.

Ein Anstieg um 50 Prozent zum Jahreswechsel 2010/11 ist angesichts des hoch defizitären Haushaltes der Stadt Essen ebenso wenig nachvollziehbar, wie die absolute Höhe der Bezüge von 150.000 EUR plus 20.000 EUR erfolgsbezogener Tantieme und Dienstwagen für die Geschäftsführer Büsselberg und Bremenkamp. Die Vergütung für Vorstände städtischer Gesellschaften sollte sich an Landesbesoldungsgesetz Anlage 1 orientieren.

Ein Leitender Direktor als Leiter eines großen und bedeutenden Amtes der Verwaltung einer Stadt mit mehr als 100 000 Einwohnern ist hiernach mit Besoldungsstufe B2 zu bewerten, was je nach Alter und Familienstand ein Jahresbruttogehalt von ca. 78.000 EUR bis 83.000 EUR bedeutet. Somit findet hier eine Überbezahlung ca. 70.000EUR pro Jahr allein beim Festgehalt statt.

"Insbesondere ein Leistungsbonus geht vollkommen an der politischen Realität vorbei," so Kai Hemsteeg, Sprecher der Essener Piraten für Wirtschafts- und Ordnungspolitik. Für die Gewährung des Leistungsbonus sehen die Piraten § 6 Abs. 3 LBesG als Maßstab an. Hiernach können Leistungsbezüge nur im Rahmen bereitstehender Haushaltsmittel gewährt werden. Hieran sollte sich auch jede Stadtochter orientieren. „Essens Haushalt ist hoch defizitär und kann sich angesichts der hier als Maßstab angelegten Rechtsgrundlage keinen Leistungsbonus erlauben.“

Etwaige Überschüsse im Jahresabschluss der Stadttöchter sollten angesichts der prekären Finanzlage der Stadt Essen in die Konsolidierung des Stadthaushaltes fließen.

Der Einwurf des Sozialdemokraten und Aufsichtsratsvorsitzender der GSE Peter Renzel, es handele sich bei der GSE um eine profitable Gesellschaft und die Höhe der Geschäftsführergehälter sei daher in Ordnung, geht nach Überzeugung der PIRATEN fehl, als dass gerade im vielfach zitierten Konzern Stadt profitable Geschäftsbereiche die defizitären ausgleichen müssen.

Eine Kommune ist eine Solidargemeinschaft und kein Selbstbedienungsladen für deren leitende Mitarbeiter.

Besonders kritisch sieht die Piratenpartei in diesem Zusammenhang die designierte Nachfolge von Heinz Brehmenkamp durch den ehemaligen Fraktionsgeschäftsführer der CDU Essen Heribert Piel. Man sollte sich von dieser Personalie verabschieden, denn es drängt sich unweigerlich der Verdacht auf, als wolle Renzel hier seinen Parteikollegen mit einem lukrativen Posten versorgen. Unter dem Gesichtspunkt der Transparenz städtischer Entscheidungsprozesse fordern die Piraten hier eine umgehende Veröffentlichung des Besetzungsverfahrens.

Über die Piratenpartei Deutschland:

Die Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) wurde am 10. September 2006 in Berlin gegründet und ist mit 34.191 Mitgliedern die größte der nicht im Bundestag vertretenen Parteien. In Essen hat die Piratenpartei 199 Mitglieder.

Die PIRATEN treten ein für mehr Transparenz des Staates, direkte Demokratie und stärkere Bürgerbeteiligung, Bekämpfung von Monopolen, gebührenfreie Bildung, Offenlegung von öffentlich geförderten Forschungsergebnissen, Stärkung der Bürgerrechte sowie Wahrung der Grundrechte. Zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen erweiterten die PIRATEN ihr Programm zudem um Themen wie Arbeit und Soziales, Bauen und Verkehr, Verbraucherschutz, Gesundheits- und Drogenpolitik, Kultur, Umwelt sowie Wirtschaft und Finanzen.

Die Piratenpartei ist in vier Landtagen mit insgesamt 45 Abgeordneten vertreten.